

Unterrichtsbefreiung bei religiösen Feiertagen	6051
Cornelia Seibeld (CDU)	6051
Senatorin Sandra Scheeres	6051
Cornelia Seibeld (CDU)	6051
Senatorin Sandra Scheeres	6051
Sanierungsstau an Berliner Schulen	6051
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	6051
Senatorin Sandra Scheeres	6052
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	6052
Senatorin Sandra Scheeres	6053
Regina Kittler (LINKE)	6053
Senatorin Sandra Scheeres	6053
Integrationspolitik der SPD-Fraktion	6053
Hakan Taş (LINKE)	6053
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6054
Hakan Taş (LINKE)	6054
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6054
Canan Bayram (GRÜNE)	6054
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6054
Schlechterstellung des Fachschulabschlusses aus Nichtschülerausbildung	6055
Martin Delius (PIRATEN)	6055
Senatorin Sandra Scheeres	6055
Martin Delius (PIRATEN)	6055
Senatorin Sandra Scheeres	6055
Nutzung des ICC als Kongressstandort	6055
Frank Jahnke (SPD)	6055
Senatorin Cornelia Yzer	6055
Frank Jahnke (SPD)	6056
Senatorin Cornelia Yzer	6057
Steffen Zillich (LINKE)	6057
Senatorin Cornelia Yzer	6057
Kampagne „Gepflegt in die Zukunft“	6057
Joachim Krüger (CDU)	6057
Senator Mario Czaja	6057
Joachim Krüger (CDU)	6057
Senator Mario Czaja	6057
Jasenka Villbrandt (GRÜNE)	6058
Senator Mario Czaja	6058
Dresdner Bahn	6059
Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	6059
Senator Andreas Geisel	6059
Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	6059
Senator Andreas Geisel	6059
Ole Kreins (SPD)	6059

Senator Andreas Geisel	6059
------------------------------	------

Wohnhäuser in der Großgörschenstraße .. 6060

Katrin Lompscher (LINKE)	6060
Senator Andreas Geisel	6060
Katrin Lompscher (LINKE)	6060
Senator Andreas Geisel	6060
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	6061
Senator Andreas Geisel	6061

Ausstellung „Körperwelten“ 6061

Philipp Magalski (PIRATEN)	6061
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6061
Philipp Magalski (PIRATEN)	6061
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6062
Steffen Zillich (LINKE)	6062
Regierender Bürgermeister Michael Müller	6062

Willkommensklassen 6062

Martin Delius (PIRATEN)	6062
Senator Mario Czaja	6062
Martin Delius (PIRATEN)	6062
Senator Mario Czaja	6062
Regina Kittler (LINKE)	6063
Senator Mario Czaja	6063

Sanierung von Schulen in Steglitz 6063

Anja Kofbinger (GRÜNE)	6063
Senator Thomas Heilmann	6063
Anja Kofbinger (GRÜNE)	6063
Senator Thomas Heilmann	6064

3 Prioritäten 6064

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

3.1 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 6064

15 a) Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (I) – straßenverkehrsbehördliche Arbeit dezentralisieren und Zusammenarbeit verbessern 6064

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2046](#)

b) Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (II) – Baustellenkoordination verbessern 6064

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2047](#)

c) Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (III) – klare politische Vorgaben für den ÖPNV, Rad- und Fußverkehr schaffen	6064
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2048	
Harald Moritz (GRÜNE)	6064
Ole Kreins (SPD)	6065
Harald Wolf (LINKE)	6066
Oliver Friederici (CDU)	6067
Andreas Baum (PIRATEN)	6068
Ergebnis	6069
3.2 Priorität der Fraktion Die Linke	6069
20 Karneval der Kulturen nachhaltig sichern!	6069
Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2062	
<u>hierzu:</u>	
Karneval der Kulturen retten und neu aufstellen	6069
Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2079	
Wolfgang Brauer (LINKE)	6070
Rainer-Michael Lehmann (SPD)	6071
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	6071
Burkard Dregger (CDU)	6073
Philipp Magalski (PIRATEN)	6074
Bürgermeisterin Dilek Kolat	6075
Wolfgang Brauer (LINKE)	6077
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	6078
Rainer-Michael Lehmann (SPD)	6078
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6078
Burkard Dregger (CDU)	6079
Bürgermeisterin Dilek Kolat	6080
Wolfgang Brauer (LINKE)	6080
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	6081
Stefan Schlede (CDU)	6081
Philipp Magalski (PIRATEN)	6081
Ergebnis	6082
3.3 Priorität der Piratenfraktion	6082
9 Dragoner-Areal in Berlin-Kreuzberg – Stopp des Höchstpreisverfahrens der BImA	6082
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 10. Dezember 2014 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. Januar 2015 Drucksache 17/2055	
zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1936	
Wolfram Prieß (PIRATEN)	6082
Iris Spranger (SPD)	6083
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	6084
Stefan Evers (CDU)	6085
Katrin Lompscher (LINKE)	6086
Ergebnis	6087
3.4 Priorität der Fraktion der SPD	6087
12 Berliner Jugendberufsagenturen für Jugendliche mit Behinderung öffnen	6087
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/2019 in Verbindung mit	
8 Jugenderwerbslosigkeit bekämpfen – Fachkräfte sichern I: Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Berlin	6088
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 4. Dezember 2014 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. Januar 2015 Drucksache 17/2043 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0798 in Verbindung mit	
Transparente Kriterien für die Teilnahme an der Pilotphase der Berliner Jugendberufsagentur	6088
Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2071	
Franziska Becker (SPD)	6088
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	6089
Joachim Krüger (CDU)	6090
Katrin Möller (LINKE)	6091
Alexander Spies (PIRATEN)	6092
Ergebnis	6093
Beschlusstext	6124
3.5 Priorität der Fraktion der CDU	6094
22 Erhebung des 500. Reformationstages 2017 zum einmaligen gesetzlichen Feiertag	6094
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/2065 Cornelia Seibeld (CDU)	6094

(Senator Andreas Geisel)

wäre es notwendig, auch den Deutschen Bundestag zu beteiligen. Denn bisher sind die Vorstellungen ja so, dass sowohl Bund als auch Land dort die Finanzierung übernehmen. Insofern steht uns da noch eine interessante Finanzierungsdebatte bevor.

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank!

Für die nächste Frage erteile ich der Kollegin Lompscher von der Linksfraktion das Wort. – Bitte sehr!

Katrin Lompscher (LINKE):

Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Wann und warum hat das Land Berlin das erneute Angebot des Bundes zum Kauf der Wohnhäuser in der **Großgörschenstraße, Ecke Katzlerstraße** abgelehnt, und wie ist die Strategie Berlins für die heutige Verhandlungsrunde zu den **BImA**-Wohnungen in Berlin?

Vizepräsident Andreas Gram:

Antworten wird Herr Senator Geisel. – Bitte schön!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lompscher! Der Senat hat kein Angebot der **BImA** zum Kauf der Wohnungen in der **Großgörschenstraße** abgelehnt. Wir haben Verhandlungen mit der **BImA** geführt, die der Regierende Bürgermeister in seiner damaligen Funktion als Senator für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Aussage begonnen hatte, dass wir das gesamte Paket der **BImA**-Wohnungen – das sind 4 660 in der Stadt – zum Verkehrswert erwerben wollen. Diese Verhandlungen mit der **BImA** haben begonnen.

Zwischen Weihnachten und Neujahr haben wir dann erfahren, dass die **BImA** die Absicht hat, die Wohnungen in der **Großgörschenstraße** aus diesem Paket herauszunehmen und extra zu verkaufen. Hier hat es dann Gespräche zu einem möglichen Kaufpreis gegeben. Der Preis, der von der **BImA** aufgerufen wurde, konnte vom Land Berlin nicht gezahlt werden. Die Debatte ging da um die Frage, was eigentlich der Verkehrswert ist: Errechnet sich der Verkehrswert nur aus dem Vergleich mit den umliegenden Wohnlagen, oder kommt die Ertragswertberechnung dazu? Letzteres hat die **BImA** nach unserer Auffassung bei der **Großgörschenstraße** nicht getan. Insofern konnten wir diesen Preis, den die **BImA** aufgerufen hat, nicht bezahlen.

Wir haben Kenntnis, dass ein Notartermin stattgefunden hat

[Zuruf von den PIRATEN: Oh!
Ein Mitternachtsgeschäft!]

und diese Wohnungen von der **BImA** an einen privaten Erwerber verkauft worden sind. Offizielle Benachrichtigungen dazu haben wir noch nicht. Ich habe noch einmal deutlich gemacht – auch in dem Gespräch mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg –, dass der Senat nach wie vor ein großes Interesse daran hat, das gesamte Paket der **BImA**-Wohnungen zu kaufen. Sofern das Geschäft in der **Großgörschenstraße** noch nicht endgültig abgeschlossen sein sollte, bezieht sich unser Kaufwunsch explizit auch noch auf diese Wohnungen. Wenn ich den Nachrichten Glauben schenken darf, ist das Geschäft aber über die Bühne gegangen. Sollte das noch nicht der Fall sein, haben wir das also nicht abgelehnt, sondern wollen das ausdrücklich erwerben.

Vizepräsident Andreas Gram:

Eine Nachfrage von Frau Kollegin Lompscher – bitte schön!

Katrin Lompscher (LINKE):

Das Geschäft ist noch nicht abgeschlossen, sondern wird voraussichtlich durch eine Bestätigung des Bundestages erst abgeschlossen sein. Insofern könnte der Senat ein erneutes Angebot abgeben, dass es wieder in das Paket aufgenommen wird. Allerdings frage ich Sie, warum Sie eine Differenz zwischen den verschiedenen Wertermittlungen, die, wenn ich mich recht entsinne, bei ca. 800 000 Euro lag, als nicht tragbar erachtet haben, angesichts der Tatsache, dass Sie einen Gesamtbestand von 4 660 Wohnungen im Paket kaufen wollen. Sehen Sie eine Möglichkeit, diesen Kauf aus dem neu geschaffenen Sondervermögen für Investitionen in die wachsende Stadt zu finanzieren?

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Senator Geisel – bitte schön!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! – Frau Lompscher! Aus haushaltsrechtlichen Gründen hat der Senat sich nicht in der Lage gesehen, eine Wohnungsbaugesellschaft zu beauftragen, einen unwirtschaftlichen Preis zu bezahlen. Ich hatte vorhin versucht darzustellen, dass die Ertragswertberechnung nach unserer Auffassung auch in die Verkehrswertberechnung hineingehört. Die Ertragswertberechnung hat an dieser Stelle ergeben, dass der von der **BImA** aufgerufene Preis unter wirtschaftlichen Aspekten nicht zu zahlen ist.

Das Land Berlin ist im Länderfinanzausgleich ein Nehmerland und sieht sich nicht in der Lage, Summen zu

(Senator Andreas Geisel)

zahlen, die sich als unwirtschaftlich herausstellen. Das wäre auch ein Präjudiz für den Ankauf der anderen BImA-Wohnungen in Berlin gewesen. Auch an dieser Stelle sagen wir, wir erwerben Wohnungen, weil wir sie in kommunalen Bestand übernehmen wollen, einfach, um mietpreisdämpfend wirken zu wollen, aber wir können es nicht um jeden Preis tun. Deswegen geht es darum, mit der BImA für den Ankauf des Gesamtpakets der Wohnungen einen Preis auszuhandeln, der dem Verkehrswert entspricht, aber eben nicht nach dem Höchstpreis zu bewerten ist, sondern nach wirtschaftlichen Kriterien errechnet wird.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Eine weitere Nachfrage geht an die Kollegin Schmidberger von Bündnis 90/Die Grünen.

Katrin Schmidberger (GRÜNE):

Vielen Dank! – Herr Senator Geisel! Die Mieter hatten dem Senat auch angeboten, mit ihm gemeinsam kreative Lösungen zu erarbeiten. Da gibt es einige Ansätze, sprich: Sie sind auch bereit, in Zukunft mehr Miete zu bezahlen – das nur nebenbei. Ich möchte von Ihnen jetzt noch mal ganz konkret hören: Sollte der Bundestag dem Verkauf der Häuser zustimmen, sind Sie dann bereit, dem Bezirk das Geld bereitzustellen, damit er sein Vorkaufrecht wahrnehmen kann?

[Torsten Schneider (SPD): Hat er doch gerade beantwortet!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Senator Geisel – bitte schön!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schmidberger! Wie ich gerade deutlich dargestellt habe, wird der Senat keine kommunale Wohnungsbaugesellschaft anweisen, einen unwirtschaftlichen Preis zu zahlen. Unwirtschaftlich ist es deshalb, weil die Miethöhe in der Großgörschenstraße außerordentlich niedrig ist – um die 3,50 Euro pro Quadratmeter – und nach geltendem bundesdeutschem Mietrecht eine solche Mietsteigerung mietrechtlich ausgeschlossen wäre. Deswegen muss man dies auch in die Ertragswertberechnung einbeziehen. Nein, wir werden ein unwirtschaftliches Geschäft nicht finanzieren können.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank!

Für die möglicherweise letzte Frage heute erteile ich dem Kollegen Magalski von der Piratenfraktion das Wort.

Philipp Magalski (PIRATEN):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Wie bewertet der Senat die andauernden Versuche des Bezirks Mitte, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft zu beschneiden, indem er ein Verbot der Ausstellung „Körperwelten“ am Alexanderplatz anstrebt?

Vizepräsident Andreas Gram:

Das beantwortet der Regierende Bürgermeister selbst – bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Magalski! Das ist in der Verantwortung des Bezirks, und wir erleben es, dass es hierzu auch juristische Auseinandersetzungen gibt. Soweit ich es mitverfolgt habe, gibt es auch ein erstes Urteil, das der Bezirk anfechten möchte. Es liegt in der Kompetenz des Bezirkes. Ich kann diese Haltung nicht ganz nachvollziehen,

[Christopher Lauer (PIRATEN): Das ist jetzt Trend in der SPD!]

aber das ist meine private Auffassung. Der Bezirk muss sehen, wie er damit umgeht.

Vizepräsident Andreas Gram:

Eine Zusatzfrage: Herr Kollege Magalski – bitte sehr!

Philipp Magalski (PIRATEN):

Ich entnehme Ihrer Antwort, dass Sie schon etwas über das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts mitbekommen haben, dass es sich bei dem Plastinaten eben nicht um bestattungsfähige Leichen handelt, –

Vizepräsident Andreas Gram:

Kommen Sie bitte zur Frage!

Philipp Magalski (PIRATEN):

– und oftmals auch um den letzten Willen der Verstorbenen, sich für Kunst und Wissenschaft in diesem Umfang über den Tod hinaus zur Verfügung zu stellen. Wie kann hier überhaupt noch plausibel argumentiert werden? Wie ist Ihre persönliche Meinung in dieser Sache?

[Martin Delius (PIRATEN): Hat er doch gerade gesagt!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Regierender Bürgermeister – bitte sehr!

(Philipp Magalski)

Was ich allerdings sehr interessant finde, ist, dass das politische Konzept wieder in den Mittelpunkt des Karnevals der Kulturen gestellt werden soll. Das ist ein sehr guter Ansatz. Vielleicht schaffen wir es auch darüber, das Sicherheitskonzept abzulegen, dass es wieder eine politische Demonstration werden kann und soll. Nötig hätten wir es auf jeden Fall. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Magalski! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

[Hakan Taş (LINKE): Frau Kolat! Bitte!]

Es wird die Überweisung der Anträge federführend an den Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen und mitberatend an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten und an den Hauptausschuss empfohlen. Gibt es hierzu Widerspruch? – Ich sehe keinen. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

ld. Nr. 3.3:

Priorität der Piratenfraktion

Tagesordnungspunkt 9

Dragoner-Areal in Berlin-Kreuzberg – Stopp des Höchstpreisverfahrens der BImA

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 10. Dezember 2014 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. Januar 2015
Drucksache [17/2055](#)

zum Antrag der Piratenfraktion
Drucksache [17/1936](#)

In der Beratung beginnt die Piratenfraktion. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Prieß. – Bitte!

Wolfram Prieß (PIRATEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Werte verbliebene Gäste! Am 10. November des vorigen Jahres stand ich hier schon einmal und habe darüber gesprochen, dass Berlin alles tun müsse, um den Verkauf des Dragoner-Areals durch die BImA zum Höchstgebot zu verhindern.

[Martin Delius (PIRATEN): Das ist immer noch wahr!]

Damals habe ich ausgeführt, welche negativen Effekte der Verkauf über den Bodenrichtwert auf die Immobilienpreise im Umfeld haben wird und dass die kühnen Pläne, die der Investor in der Presse dargelegt hat, vermutlich so nicht zu realisieren sind, weil sie den Kaufpreis nie refinanzieren können. Heute will ich es Ihnen

ersparen, die damaligen Argumente zu wiederholen, auch wenn sie nach wie vor gültig sind.

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN]

Ich verweise stattdessen auf das damalige Protokoll. Da kann man die Argumente im Einzelnen noch einmal nachlesen.

Damals hat die Piratenfraktion wegen der großen Dringlichkeit die sofortige Abstimmung beantragt, da die Verkaufsverhandlungen schon im Gange waren und wir noch letzte Bemühungen initiieren wollten, um den Verkauf zu verhindern. Die Regierungskoalition hat es damals allerdings vorgezogen, den Antrag zur fachlichen Auseinandersetzung in die Ausschüsse zu verweisen. Immerhin ist es dem Parlament gelungen, den dringlichen Antrag schneller zu behandeln als viele andere, die noch ihrer Behandlung in den Ausschüssen harren, und das zum Teil schon seit Jahren.

Aber fand denn auch eine fachliche Debatte über den Antrag statt? – Ich war dabei und kann berichten: Nein, diese Debatte hat nicht stattgefunden. Allein der Senat hat mit dünnen Worten beschrieben, bei welchen Verfahrensschritten städtische Wohnungsbauunternehmen ein Gebot unterbreitet haben, das dann nicht zum Zuge kam, weil es deutlich überboten wurde. Der Senat sah damit seine Möglichkeiten in der Verhandlung mit der BImA als erschöpft an und meinte, im Sinne des Antrags alles bereits unternommen zu haben. Den Abgeordneten der Koalition war das genug. Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion abgelehnt. Eine Debatte im Hauptausschuss fand nicht einmal statt. Das hätten wir aber auch in der Sofortabstimmung haben können.

[Martin Delius (PIRATEN): Eben!]

Die Argumente des Senats wurden in der Rede von Frau Haußdörfer damals dargestellt; vielleicht fehlte noch das eine oder andere Detail. Aber eine inhaltliche Debatte hat nie stattgefunden.

So bleibt uns nur die Plenardebatte, um den Vorgang ein vorläufig letztes Mal zu behandeln. An dieser Stelle wird die Koalition natürlich nicht stumm bei ihrer Ablehnung bleiben, sondern wird Farbe bekennen und uns ihre Gründe darlegen müssen. Ich sage „vorläufig“, weil auch jetzt noch gar nicht sicher ist, dass der Investor den Kaufpreis tatsächlich aufbringen kann. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Verkauf des Dragoner-Areals zum Höchstpreis zum Schluss noch scheitert.

Und es hat sich noch etwas geändert: Bei der letzten Plenardebatte dieses Antrags richtete sich meine Rede an einen Regierenden Bürgermeister auf Abschiedstour, einen Stadtentwicklungssenator, der sich auf seinen nächsten Karriereschritt vorbereiten musste, und auf einen Finanzsenator, der seinen Rückhalt in der Regierungsmannschaft schwinden sah und daher eher damit beschäftigt war, seinen Arbeitsplatz aufzuräumen. Mit

(Wolfram Prieß)

der heutigen Debatte will ich also den Vorgang in die jetzigen Senatsverwaltungen weiterreichen. Die Mannschaft in den zuständigen Ressorts hat gewechselt, und ich nutze diese Gelegenheit, um die neuen Senatoren Herrn Geisel und Herrn Kollatz-Ahnen darauf hinzuweisen: Vielleicht ergibt sich ja doch noch eine Gelegenheit, diese Immobilie aus der öffentlichen Hand in Landesbesitz zu überführen. Auch wenn die Chancen derzeit schlecht stehen – für Berlin kann das nur von Vorteil sein.

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Zum Schluss sage ich noch: Die neue Liegenschaftspolitik kann sich nicht darin erschöpfen, einige landeseigene Grundstücke nach stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten im Konzeptverfahren zu vergeben. Das Land sollte auch darauf bedacht sein, bedeutende Immobilien neu ins Landeseigentum zu übernehmen und hierfür Landesmittel aufzuwenden.

[Beifall bei den PIRATEN]

Damit bin ich zum Ende meiner Ausführungen gekommen und freue mich auf die abschließende Debatte dieses Antrags.

[Beifall bei den PIRATEN und LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Prieß! – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Spranger das Wort. – Bitte!

Iris Spranger (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Verehrter Herr Prieß! Ich glaube, wir müssen hier zwei Seiten beleuchten: Das Erste ist der Umgang und ja auch der Grund des Antrags zum Verkauf des Dragoner-Areals, heute in der Priorität. Das ist verkauft, und Sie haben es schon gesagt: Schon zu dem Zeitpunkt, als Sie es in den Ausschüssen diskutiert haben, ist das Verfahren sehr weit gewesen. Aber dazu werde ich Ihnen auch noch etwas sagen.

Ich möchte zum Zweiten etwas sagen, was auch wichtig ist, nämlich dass wir das heute als Signal aus diesem Hohen Haus für den Umgang der BImA mit ihren Grundstücken in Berlin nehmen. Deshalb ist es ganz gut, dass wir heute noch einmal darüber reden, und diese Chance möchte ich nutzen. Wir diskutieren hier ja nicht gemeinsam das erste Mal. – Herr Prieß! Sie haben völlig richtig gesagt: Sie haben es in beiden Ausschüssen, im Ausschuss für Stadtentwicklung und im Hauptausschuss diskutiert. Wir haben es – ich darf heute Frau Haußdörfer vertreten – im Bauausschuss diskutiert. Wir haben es mehrmals auch hier im Parlament gesagt. Wir kümmern uns eigentlich gemeinsam – Abgeordnete über alle Frak-

tionen hinweg und Senat –, darum, wie es eine Einigung zwischen dem Land Berlin, der BImA und natürlich dem Bund geben kann. Deshalb ist es wichtig, dass von hier noch einmal klare Worte dorthin gehen.

Dass der Vorgang nun so ist, wie er ist, zeigt, dass die BImA es leider wieder so mit dem Höchstpreisverfahren gemacht hat, wie wir das ausschließen wollten. Ich sage es hier noch einmal, und deshalb habe ich es vorhin schon zu Ihnen gesagt, und ich werde auch noch einmal auf den Vorgang zu sprechen kommen, weil Sie so getan haben, als ob sich die SPD, als ob sich der Senat überhaupt nicht darum gekümmert hätten. Das ist falsch. Denn bereits im Mai des letzten Jahres – also noch vor Beginn des Verkaufsverfahrens durch die BImA – hat der Senat darauf gedrungen, dass die BImA ein Verkaufsverfahren in einer Direktvergabe zulässt. Das hat die BImA abgelehnt, und dann haben sich sowohl das zuständige Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg als auch der Senat in einer gemeinsamen Presseerklärung, bevor das Bieterverfahren überhaupt in Gang gekommen ist, darum bemüht, dass sie dort Maßgaben mit gemeinsam erklärten Zielen wie der baulichen Entwicklung, der Denkmalstruktur, der gemischten urbanen Quartiere hineingeschrieben bekommen. Dann haben sie sehr klar formuliert, dass es überwiegend einen Wohnanteil mit einer sozialen Mischung und mit einem Mietniveau unterhalb von 7,50 Euro netto kalt geben und das Ganze bei 33 Prozent liegen soll. Diese Pressemitteilung können Sie sich gern durchlesen. Genau das war vorher.

Aber die städtischen Wohnungsbaugesellschaften erhielten durch die BImA Anfang September – es haben sich ja zwei beteiligt – eine Absage mit dem Hinweis – das haben Sie schon gesagt –, dass andere Anbieter deutlich höhere Gebote eingereicht hätten. Leider ist es bis heute gängige Praxis der BImA, zum Höchstpreis abzuverkaufen, und wir haben damals hier über die Fraktionsgrenzen hinweg gesagt: Es soll keine Lex Berlin werden, weil alle Großstädte, wo Grundstücke oder Wohnungen der BImA sind, dieses Problem haben, dass die städtischen Gesellschaften keine Chancen haben, wenn zum Höchstpreis verkauft wird. Deshalb hat der Senator für Stadtentwicklung und jetzige Regierende Bürgermeister im letzten Jahr in der 126. Sitzung der Bauministerkonferenz am 13./14. November 2014 einen Antrag erarbeitet, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ihre Grundstücke in eine soziale Stadtentwicklungspolitik zu integrieren, um die mietpreistreibende Verkaufspraxis der BImA zu beenden. Denn natürlich haben auch die anderen Bundesländer das erkannt.

Der Investor hat 36 Millionen Euro geboten. Er schreibt: Kulturelle Nutzung, Ateliers, Wohnungen, Galerien; natürlich soll auch mit Wohnungsbaugesellschaften kooperiert werden. Wir werden es sehen. Aber ich hoffe sehr, dass das Bezirksamt und der Senat das sehr klar

(Iris Spranger)

begleiten und dort sehr klare Auflagen erteilen werden. Denn das können sie, und das erwarten wir.

Es wird also höchste Zeit, und sei von dieser Stelle aus noch einmal sehr deutlich gesagt, dass der Bund die BImA in die Pflicht nimmt, so wie wir im Land Berlin den Liegenschaftsfonds in die Pflicht genommen haben. Ich erwarte, dass der Bundesfinanzminister auf das Angebot eingeht, das ihm der jetzige Regierende Bürgermeister bereits im letzten Jahr sehr deutlich abgegeben hat, und dass er das Angebot der Übernahme aller Wohnungen und Grundstücke in einem Paket akzeptiert. Denn auch er hat eine Verantwortung nicht nur für die Mieterinnen und Mieter im Bundesgebiet, sondern auch dafür, dass in den Großstädten bezahlbarer Wohnraum existiert.

Wir müssen all unsere Kanäle nutzen. Die SPD macht das sehr, sehr regelmäßig. Ich bin im ständigen Kontakt mit meinen SPD-Leuten im Bundestag, um das zu behandeln. Ich hoffe, dass wir das hinbekommen. Insofern ist zwar die eine Sache verkauft. Aber wir begleiten das natürlich so, wie ich es vorhin gesagt habe. Und die andere Sache: Ich erwarte vom Bundesfinanzminister eine entsprechende Antwort an den neuen Staatsentwicklungssenator – hoffentlich positiv für das Land Berlin. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Spranger! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Abgeordnete Schmidberger das Wort. – Bitte!

Katrin Schmidberger (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, wir brauchen endlich eine Reform bei der Vergabe von Grundstücken! Da sind wir uns hoffentlich hier im Haus alle einig.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Jetzt muss es aber auch, liebe Frau Spranger, bald eine Bundesratsinitiative geben, wenn vom Bund kein Einlenken kommt. Ich hoffe, daran werden Sie sich zu gegebener Zeit auch noch erinnern.

[Martin Delius (PIRATEN): Die hat nicht zugehört!]

Das kenne ich nicht anders!

In Berlin wird ein Grundstück nach dem anderen zum Höchstpreis verkauft, während wir hier diskutieren. Und wir wissen alle, dass das eine sehr fatale Entwicklung ist. Denn während hier immer mehr Tafelsilber über die BImA-Ladentheke geht, wächst die Not in der Stadt. Ob für Flüchtlinge, für Studenten, für ältere Menschen, für

ärmere Menschen, für Kulturschaffende, für alle brauchen wir dringend Wohn- und auch Gewerberaum.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Deshalb ist es für eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik auch so zentral, dass wir nicht noch mehr Grundstücke und noch mehr Wohnungen verlieren, deshalb brauchen wir Direktvergaben, und deshalb brauchen wir auch endlich ein anderes BImA-Gesetz. Das kommt aber nicht, indem wir hier alle immer wieder diskutieren, sondern das kommt, indem man zum Beispiel endlich eine Bundesratsinitiative startet.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Katrin Lompscher (LINKE) und
Heiko Herberg (PIRATEN)]

Im Oktober haben wir aus diesem Haus ein klares Signal vom Bund in Sachen BImA gefordert, und es hat es ja auch gegeben, denn die BImA ist dann auch wirklich mit dem Senat in Verhandlung getreten. Wir wissen alle, dass die BImA kein Wohlfahrtsverband ist, aber siehe da: Die BImA lässt mit sich reden, und das sogar über den Preis. Es war vom Verkehrswert zu hören und eben nicht vom Höchstpreis.

Auch deshalb sind heute Mieterinnen und Mieter aus der betroffenen Großgörschen- und Katzlerstraße hier und hoffen darauf, dass Sie, dass der Senat sich endlich einen Ruck gibt. Ihre Antwort aus der Fragestunde, Herr Geisel, lässt leider nichts Gutes ahnen. Der Senat schaut anscheinend lieber zu, wie die Häuser zu spekulativen Zwecken verkauft und Mieter verdrängt werden, als die fehlenden 800 000 Euro für den Kaufpreis aufzutreiben. Das ist wirklich bitter für die Mieterinnen und Mieter, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass sie der eigentliche Motor dafür waren, dass wir überhaupt Verhandlungen mit der BImA führen können.

Deswegen bitte ich Sie noch einmal, Herr Geisel: Kämpfen Sie für die Wohnungen! Es lohnt sich wirklich, für jede einzelne Wohnung und für jeden einzelnen Mieter in dieser Stadt zu kämpfen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Bei den Wohnungen gibt es zwar Verhandlungen, aber wir brauchen eben nicht nur Wohnungen in dieser Stadt, sondern wir brauchen auch viel mehr Flächen. Berlin braucht deshalb auch ein klares Bekenntnis zum Ankauf aller BImA-Grundstücke. Also: Machen Sie dem Bund ein Angebot, und zwar schnell, und warten Sie nicht darauf, dass der Bund Ihnen ein Angebot macht, sonst sind nämlich alle Filetgrundstücke verloren, bevor Sie überhaupt in die Gänge gekommen sind!

Dass so etwas leider nicht unwahrscheinlich ist, zeigt exemplarisch das Dragoner-Areal. Es handelt sich hierbei

(Katrin Schmidberger)

um eines der letzten großen innerstädtischen Flächen, wo preiswerter kommunaler Wohnungsbau in einem großen Maßstab möglich ist. Sie sollten dieses Potenzial für die Stadt endlich sichern. Auch wir Grünen müssen sagen: Wir wollen unbedingt, dass dort 700 Wohnungen gebaut werden. Das ist ganz wichtig. Deswegen fordere ich Sie auf: Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Sogar die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg fordert von ihren eigenen Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene, den Verkauf zu stoppen.

Die Ausrede, das Grundstück sei bereits verkauft und jetzt könne man nichts mehr machen, stimmt nicht, liebe Frau Spranger. Das wissen Sie auch ganz genau. Denn sofern der Investor überhaupt die Kaufsumme hinterlegen wird – was auch noch nicht klar ist –, muss der Haushaltsausschuss des Bundestages dem BImA-Geschäft auch erst noch zustimmen. Das heißt, es gibt jetzt noch Spielraum. Genau hier sind Sie auch gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, denn sowohl im Bund als auch im Land regieren Sie als Koalition zusammen. Da frage ich mich schon, warum es nicht zusammen geht.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Wolfram Prieß (PIRATEN)]

Deshalb fordere ich Sie auch auf: Statt wie bei der letzten entscheidenden Abstimmung den Saal zu verlassen, sollten die Abgeordneten von SPD und CDU im Bundestag bleiben und diesmal mit den Grünen und mit den Linken gemeinsam gegen den Ausverkauf der Stadt stimmen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Wolfram Prieß (PIRATEN) –
Anja Kofbinger (GRÜNE): Bravo!]

Das Bündnis „Stadt von unten“ bringt es, finde ich, ganz gut auf den Punkt: Das Dragoner-Areal ist der Lackmustest für eine neue Liegenschaftspolitik des Bundes. Wer an dieser zentralen Stelle Chancen für Mietenpolitik blind dem Verkauf aussetzt, kann in seinem wohnungspolitischen Engagement nicht ernst genommen werden.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Deshalb fordern wir Grünen erneut: Schluss mit dem Verkauf zum Höchstpreis und Schluss mit der kurzsichtigen Verkaufspolitik, die uns übrigens alle später teuer zu stehen kommen wird!

Lieber Herr Geisel! Gestern im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt haben Sie gesagt: Abtauchen in der Politik gilt nicht! – Da haben Sie absolut recht. Deshalb appelliere ich noch einmal an Sie: Tauchen Sie hier jetzt nicht ab, sondern bekennen Sie Farbe und kämpfen Sie für das Dragoner-Areal!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Schmidberger! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Evers. – Bitte!

Stefan Evers (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte es sich an dieser Stelle relativ einfach machen und den Antrag für durch Zeitablauf erledigt erklären. Aber es war der ausdrückliche Wunsch, das nicht zu tun, und an dieser Stelle einerseits, wie wir es schon bei verschiedenen Gelegenheiten getan haben, die Art und Weise zu thematisieren, in der der Bund mit seinen Liegenschaften in Berlin im Besonderen, aber auch in Großstädten im Allgemeinen umgeht, und zum anderen vielleicht noch einmal einen Blick darauf zu werfen, was auf dem Dragoner-Areal konkret passiert. Wir haben hier vieles gehört, aber relativ wenig dazu, was eigentlich der aktuelle Sachstand planungsrechtlich, aber auch bezogen auf das weitere Verfahren ist.

Ich will zuerst über die Liegenschaftspolitik des Bundes sprechen. Wir haben hier, glaube ich, einen großen Konsens darin erkannt und wir haben auch beschlossen, die Möglichkeiten des Landes Berlin zu nutzen, auf eine Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes hinzuwirken. Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, anzuerkennen, dass diese Möglichkeiten begrenzt sind – die Möglichkeiten des Senats, des Landes über den Bundesrat einerseits und die Möglichkeiten, über die wir persönlich verfügen. Frau Spranger hat es eben angesprochen, und ich kann es für meinen Teil auch bestätigen: Wir sind im Gespräch mit den Kollegen im Haushaltsausschuss des Bundestages, und das sind die zentralen Ansprechpartner. Diejenigen, die sich mit Stadtentwicklung beschäftigen, sind dort gar nicht so sehr zu überzeugen. Aber all das braucht leider Gottes Zeit.

[Katrin Schmidberger (GRÜNE): Das dauert noch ein paar Jahre!]

Wenn wir uns anschauen, wie lange es gedauert hat, in Berlin die Liegenschaftspolitik neu auszurichten, und wie weit wir da bisher gekommen sind – auch da gibt es noch reichlich Luft nach oben –, dann, denke ich, sollten wir uns selbst auch nicht überschätzen.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Wir überschätzen Sie nicht, keine Sorge!]

Der Senat nimmt seine Verpflichtungen, die wir ihm als Abgeordnetenhaus auferlegt haben, ernst. Erkennen Sie dies an! Und auch wir als Politiker der Koalition nutzen unsere Möglichkeiten, diesen Zielen näher zu kommen. Wir sollten – und das mahnen Sie immer wieder zu recht

(Stefan Evers)

an – die Berliner Liegenschaftspolitik mit im Blick behalten, und zwar auch aus dem Grund, dass unsere Erfolgsbeispiele, die wir für eine neu ausgerichtete Liegenschaftspolitik liefern, das überzeugendste Argument dafür sein müssen, es auch auf Bundesebene zu tun. Und wenn ich sage, da bleibt Luft nach oben, dann sage ich das durchaus selbstkritisch.

Der Senat ist nicht nur in dieser Richtung aktiv, sondern auch, was die Übernahme der Wohnungsbestände der BImA angeht. Auch das ist ein Anliegen, das wir, glaube ich, gemeinsam teilen und wo an der Ernsthaftigkeit des Senats nicht gezweifelt werden sollte. Diese Verhandlungen sind nicht leicht. Sie sind kein Selbstläufer, und ihr Ergebnis wird auch keine Selbstverständlichkeit sein. Aber das, was wir dort tun können, wollen und werden wir tun, im Sinne der Mieterinnen und Mieter in diesen Wohnungsbeständen und im Sinne einer nachhaltigen Wohnungspolitik in Berlin. Uns muss aber klar sein: Es steht Berlin nicht gut an, Sonderopfer zu verlangen. Wir müssen immer darauf achten – Frau Spranger hat von einer Lex Berlin gesprochen –, dass wir uns hier im Einklang mit anderen Ballungsräumen befinden und auch politisch bewegen. Ich denke, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir für Berlin eine Sonderbehandlung in einer Art und Weise vom Bund fordern, die nicht der konstruktiven Verhandlungsstrategie entspricht, die der Senat aktuell verfolgt.

Zum Inhalt des Antrags und zu dem, was auf dem Dragoner-Areal passiert: Sie kritisieren zu Recht, dass die BImA nicht vom Höchstpreisprinzip als der einzigen Leitlinie der Vergabepolitik abweicht. Dafür kann die BImA aber nichts; das ist eine Frage der politischen Vorgabe. Man muss aber auch anerkennen, dass die Höchstpreisvergabe nicht zwingend das denkbar schlechteste Ergebnis zur Folge hat. Ob wir uns den Holzmarkt anschauen oder andere Beispiele, es kommt am Ende immer darauf an, was daraus gemacht wird. Wenn wir uns ansehen, wie die Situation vor Ort ist, hängt das, was auf dem Areal passieren wird, gar nicht so sehr vom Kaufpreis, sondern vom Planungsrecht ab. Und die planungsrechtliche Situation dort ist eine, die dem Bezirk – und der ist in grüner Hand – eine sehr weite Freiheit in der Frage lässt, was hier planerisch in Zukunft möglich sein soll und was nicht.

Der Kaufpreis drückt nichts anderes aus als Erwartungen des Erwerbers. Es liegt am Bezirk, diesen Erwartungen zu entsprechen oder nicht. Darüber wird man Verhandlungen führen müssen. Man wird miteinander darum ringen müssen, wie eine angemessene Form der Nutzung, der Ausnutzung dieses Grundstückes aussehen kann, ob das in der Form passiert, die im Bezirk im Moment diskutiert wird oder in einer vernünftigen Art und Weise. Das muss in einer konstruktiven Gesprächsatmosphäre mit dem Eigentümer ausgehandelt werden kann. Das wird man in den nächsten Monaten sehen.

Ich habe nach den Gesprächen, die ich auch mit dem Eigentümer gesucht habe, nicht den Eindruck, dass er sich einem Bebauungsplanverfahren mit allen Diskussionsanforderungen, die damit einhergehen, mit allen Beteiligungsformen, die es mit sich bringen wird, verschließt. Ganz im Gegenteil, er hat ein Interesse an einer Nutzung, die dem, was wir uns unter einer Kreuzberger Mischung vorstellen, sehr nahekommmt. Es liegt am Bezirk und nicht an uns, nun in einem geordneten Verfahren und in einem vernünftigen, konstruktiven Austausch mit dem Eigentümer zu einer angemessenen Form der Nutzung des Dragoner-Areals zu kommen. Wir werden das von der Landesebene aus beobachten. Aber die Zuständigkeit liegt beim Bezirk, und er sollte sich an der Stelle auch nicht kleiner machen, als er ist. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Evers! – Für die Linksfraktion hat nun das Wort Frau Abgeordnete Lompscher. – Bitte!

Katrin Lompscher (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist ja das, was wir kennen: Wenn es im Bund nicht läuft, dann ist der Bezirk schuld. Aber ich glaube, hier liegt die Sache etwas anders. Es ist spät. Der Investor hat die verlangte Anzahlung von 5,4 Millionen, 15 Prozent seines Gebots, bei der BImA hinterlegt, wenn auch verspätet. Aber der Kaufvorgang ist noch nicht abgeschlossen, und er wird wohl auf jeden Fall in den Bundestag kommen, und es wird darüber abgestimmt werden müssen. Das ist vielleicht eine letzte Chance für SPD und CDU, ihren wohlfeilen Reden Taten folgen zu lassen, und für Sie, auf Ihre Kollegen im Bundestag Einfluss zu nehmen.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den
PIRATEN]

Diese Chance haben Sie gestern im Haushaltsausschuss des Bundestages erneut verpasst. Ein Gesetzesvorschlag der Linken zur Änderung der Verkaufsvorschriften für die BImA – Herr Evers hat richtig darauf hingewiesen, dass es hier an den falschen politischen Vorgaben liegt – haben CDU und SPD abgelehnt. Einen eigenen Vorschlag haben sie auch nicht unterbreitet, wie man Höchstpreisverkäufe stoppen könnte. Da helfen anders lautende Fensterreden der Koalition heute hier nicht und auch Beschlüsse der Bauministerkonferenz vom November nicht, da wird der Senat wohl noch mal nachlegen müssen.

[Beifall bei der LINKEN]

Was plant der Investor nun mit seinen 36 Millionen für den Rathausblock mit dem Dragoner-Areal? Gewerbeflächen, ein Hotel, garniert mit ein bisschen Kreativszene? Das wäre aktuell nach dem alten Baurecht noch zulässig,

(Katrin Lompscher)

aber Friedrichshain-Kreuzberg arbeitet ja an einem neuen Bebauungsplan. Planungsziele: öffentliche Nutzung, Kultur und ein Mischgebiet vor allem für geförderten Wohnungsbau. Das aber will der Investor nicht. Der Bezirk sagt, der Senat sei einverstanden mit den bezirklichen Zielen. Frau Spranger hat das auch gesagt. Ist das so? Ja, Herr Geisel nickt, das ist gut. Der Senat will ja ansonsten mehr Flächen zu Gebieten von gesamtstädtischer Bedeutung erklären – mit allen bekannten Folgen für die Bürgerbeteiligung. Also gehe ich mal davon aus, dass das Dragoner-Areal nicht einem denkbaren Kuhhandel zum Opfer fallen wird: Der Senat zieht das Planungsrecht an sich, sichert der BImA den hohen Kaufpreis und dem Investor seine Vorstellungen, kriegt im Gegenzug günstiger das Gesamtpaket der BImA-Wohnungen – dazu wird es offenbar nicht kommen. Das finde ich gut.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vielleicht will der Senat also tatsächlich mit dem Bezirk an einem Strang ziehen und das neue Baurecht mit den besseren Zielen und einer echten Partizipation unterstützen. Sie haben das heute hier bestätigt, und auch das werden wir als Opposition von Landesebene aus beobachten – nicht nur, was der Bezirk tut.

Der Versuch einer landeseigenen Gesellschaft, das Dragoner-Areal im Direkterwerb zu erhalten, sei an der BImA gescheitert, hört man. Im Bieterverfahren haben sich dann zwei städtische Wohnungsbaugesellschaften beteiligt, und im September hat die BImA dieses Angebot abgelehnt. In dieser Woche soll es erneut Gespräche zwischen Bezirk und Höchstbieter gegeben haben. Der Antrag, der heute hier abschließend zur Debatte steht, ist im Ausschuss ohne Debatte von der Koalition abgelehnt worden. Welche Auffassung die Koalition davon hat, hat sie heute hier nur sehr nebulös geäußert. Nur, dass der Senat ja bereits im Sinne dieses Antrags agiere. Allerdings haben Sie sich hier deutlich zu anderen Themen ausgelassen.

Fassen wir den bisherigen Sachstand zusammen: Ohne ein kommunales Vorkaufsrecht höchstens zum Verkehrswert verscherbelt eine Bundesinstitution weiter öffentliches Vermögen. Die BImA kann vom Höchstpreisverfahren zwar abweichen, wenn das Bundesministerium der Finanzen – in Klammern: CDU – Ausnahmen zulässt. Das ist aber nicht geschehen. CDU und SPD blockieren im Bundestag eine klarstellende Gesetzgebung zur BImA. Hier im Abgeordnetenhaus tut die Koalition so, als würde sie alles unternehmen, damit die BImA eine andere Verkaufspolitik praktiziert. Standbein, Spielbein oder was? Was soll man von dieser Position halten?

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Die Linksfraktion fordert wie die Piraten und die Grünen den Senat auf, sich beim Bund dafür starkzumachen, die

Höchstpreisvergabe des Dragoner-Areals noch zu stoppen. Das erwarten wir vom Bund, übrigens für alle anderen Grundstücke, nicht nur in Berlin und auch nicht nur in Großstädten. Es geht letztlich darum, die Privatisierung öffentlichen Vermögens zu verhindern.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Zu befürchten ist nämlich, mit dem Wohnungspaket der BImA ist, wenn überhaupt dieses gelingen sollte, Schluss; Grundstücke werden weiter meistbietend verkauft. Das ist keine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung. Es kann nicht sein, dass der Bund am Höchstpreisverfahren festhält, um dann den Schaden, den er anrichtet, durch Mittel aus der sozialen Stadt mehr schlecht als recht zu mindern. Ein Vorkaufsrecht des Landes oder alternativ ein neues Bieterverfahren als Konzeptverfahren für das 4,7 Hektar große Areal, das wäre der einzig richtige Weg. Ziel muss es dabei sein, einen möglichst hohen Anteil an städtischen und preiswerten, das heißt auch WAV-fähigen Wohnungen zu erreichen; und auch die ansässigen wirtschaftlichen und sozialen Akteure, die seit Jahren auf dem Gelände etabliert sind, müssen in die neuen Nutzungen einbezogen werden. Auch Genossenschaften sollten weiterhin beteiligt werden. Das alles wäre möglich, wenn Koalition und Senat wollen und heute nicht nur Fensterreden gehalten haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Lompscher! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Zu dem Antrag Drucksache 17/1936 empfehlen die Ausschüsse mehrheitlich gegen die Oppositionsfraktionen die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen, die Linke und die Piraten. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der CDU und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.4:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 12

Berliner Jugendberufsagenturen für Jugendliche mit Behinderung öffnen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache [17/2019](#)

in Verbindung mit